

Vom fragilen Nutzen der Golfdiktaturen 13.12.2010



MANAMA/DOHA/BERLIN (Eigener Bericht) - Das deutsche Verteidigungsministerium weitet seine Aktivitäten auf der Arabischen Halbinsel aus. Berlin wolle in Zukunft am Persischen Golf "noch mehr präsent" sein, teilt der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Christian Schmidt, mit. Schmidt hat vor wenigen Tagen am diesjährigen "Manama Dialogue" teilgenommen, einer prominent besuchten internationalen Tagung, die sich der militärpolitischen Lage im Mittleren Osten widmete. Mit steigendem Rüstungsexport und wachsender militärischer Kooperation tut sich Deutschland bereits jetzt in den Diktaturen der Arabischen Halbinsel hervor. Gleichzeitig intensivieren deutsche Firmen ihre Zusammenarbeit mit Staaten und Staatsfonds aus den arabischen Golfautokratien. Jüngstes Beispiel ist der Einstieg des Emirats Qatar bei Hochtief, der den spanischen Konkurrenten ACS an einer Übernahme des deutschen Baukonzerns hindern soll. Abgesehen von derlei wirtschaftlichem Nutzen zielt die Zusammenarbeit mit den Diktaturen am Persischen Golf vor allem darauf ab, Iran zu schwächen. Seit der Zerschlagung der Macht des Irak steht Iran der Weg zur Vormachtstellung im bedeutendsten Ressourcengebiet weltweit offen.

Stärkere Präsenz

Wie der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Christian Schmidt erklärt, will Berlin in Zukunft am Persischen Golf "noch mehr präsent" sein. Schmidt hat vor wenigen Tagen am diesjährigen "Manama Dialogue" teilgenommen, einer seit 2004 jährlich vom Londoner International Institute for Strategic Studies (IISS) in Bahrain durchgeführten Konferenz, die sich der militärpolitischen Lage im Mittleren Osten widmet. Zwar sei "unser Fußabdruck nicht ganz so groß und prägnant wie der von anderen Staaten", urteilt Schmidt. Doch habe Deutschland auf der Arabischen Halbinsel "traditionell einen guten Namen": Man verbinde dort "viel Positives mit Deutschland".[1] Der Parlamentarische Staatssekretär verhandelte am Rande der Tagung unter anderem mit Vertretern Bahrains, Saudi-Arabiens und Ägyptens. Es ging dabei auch um bilaterale militärpolitische Kooperation. "Diese Region ist die zentrale Region des Wandels der kommenden 30 Jahre", urteilt Schmidt: "Da tut man aus vielen Gründen gut daran, mit der Region eng zusammenzuarbeiten."

Aufrüstung

Schmidts Teilnahme am Manama Dialogue setzt die Bemühungen Berlins um eine Ausweitung der militärpolitischen Kontakte zu den Staaten der Arabischen Halbinsel fort. Schon seit dem Jahr 2004 unterhält Deutschland eine "Strategische Partnerschaft" mit den Vereinigten Arabischen Emiraten, die eine stärker werdende militärpolitische Komponente umfasst.[2] Erst im Mai war Staatssekretär Schmidt nach Saudi-Arabien gereist, um neue Verträge zur deutsch-saudischen Militärkooperation zu besprechen.[3] Im September verhandelte der Emir von Qatar in Berlin auch über einen Ausbau der militärischen und militärpolitischen Zusammenarbeit seines Landes mit der Bundesrepublik.[4] Parallel steigen die deutschen Rüstungsexporte in die Staaten der Arabischen Halbinsel dramatisch an - von 2007 bis 2008 verdreifachte sich ihr Wert.[5] Zuletzt teilte der Mehrheitsgesellschafter der deutschen Waffenschmiede Heckler und Koch mit, sein Unternehmen errichte in Saudi-Arabien eine komplette Anlage zur Lizenzproduktion des Sturmgewehrs G36.[6] Die Maßnahmen begleiten die massive Aufrüstung der arabischen Golfstaaten durch die USA. Jüngst war von Lieferungen im Wert von 123 Milliarden US-Dollar in den kommenden Jahren die Rede.[7]

Neue Anlagestrategie

Gleichzeitig intensiviert die Bundesrepublik ihre wirtschaftliche Kooperation mit den Diktaturen auf der Arabischen Halbinsel. Diese nutzen ihre Öl- und Gasgewinne in zunehmendem Maße nicht nur für teure Investitionen und zur Kriegsvorbereitung; zu letzterer kann ein Projekt der deutschen "Entwicklungs"-Agentur GTZ gezählt werden, die in den Vereinigten Arabischen Emiraten für den "Krisenfall" ein "gegen äußere Eingriffe" getarntes Trinkwasserreservoir errichtet.[8] Wie es jüngst in einer Analyse der Bertelsmann-Stiftung hieß, hätten die reichen Staatsfonds der Golfstaaten nach der Finanzkrise die Anlagestrategie für ihr Kapital angepasst - "weg von der reinen Geldanlage hin

zu Investitionen in Traditionsunternehmen mit Zukunftsprodukten". Auch streuten sie ihre Anlagen breiter und investierten in Europa "nicht mehr ausschließlich bei britischen Firmen".[9] Der aktuelle Einstieg des Emirats Qatar beim deutschen Baukonzern Hochtief, der diesen gegen eine Übernahme durch seinen spanischen Rivalen ACS sichern soll, ist Teil der neuen Anlagestrategie, die Berlin zur finanziellen Stärkung der deutschen Industrie nutzen kann.

Zusatzvorteil

Beim exemplarischen Ausbau der Beziehungen zu Qatar spielt dessen neue Diplomatie eine besondere Rolle. Das Emirat, Standort des US-Luftwaffenstützpunkts al-Udeid, unterhält relativ gute Beziehungen auch zu Ländern wie Iran, mit dem es im Februar ein "Sicherheitsabkommen" geschlossen hat. Um sich gegen die Nachbarstaaten zu behaupten, setzt es seit einigen Jahren auf umfassende diplomatische Vermittlungsaktivitäten, die seine Rolle international aufwerten sollen. Qatar vermittelt im Jemen, im Sudan (Darfur), im Libanon und im Nahostkonflikt. "Von Vorteil", heißt es bei deutschen Thinktanks, "ist dabei, dass das Emirat aufgrund seiner autokratischen Struktur (...) keinen innenpolitischen Widerstand zu fürchten hat." [10] Wie Experten konstatieren, ist die Mittlertätigkeit nicht von übermäßigem Erfolg gekrönt, aber dennoch nützlich, zumal Qatar eine gewisse Glaubwürdigkeit gegenüber anderen arabischen Staaten beanspruchen kann. Es bietet sich an, die institutionelle Schwäche des Kleinen Golfstaats - das Emirat verfügt über eine Menge Geld, aber nur über geringe Aufklärungs- und Repressionskapazität - zu eigener Einmischung zu nutzen: Letztlich müsse Qatar "im Konzert mit erfahrenen Mediatoren arbeiten, wenn es Erfolge erzielen will". Dies verleiht jeglicher Kooperation mit Qatar zusätzliche Attraktivität.

Vorrangstellung

Die immer engere Zusammenarbeit Berlins und des Westens mit den Diktaturen der Arabischen Halbinsel zielt weiterhin in hohem Maße darauf ab, Iran zu schwächen. Aus iranischer Sicht begründeten die Größe, die Bevölkerungszahl, der Rohstoffreichtum und die strategische Lage des Landes "eine quasi natürliche Vorrangstellung" am Persischen Golf, schrieb schon vor zwei Jahren die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Nach der Zerschlagung ihres bedeutendsten Rivalen, des Irak, habe die Regierung in Teheran im Jahr 2005 eine "20-Jahre-Vision für die Islamische Republik" verabschiedet, die auch unter Oppositionellen Zustimmung finde könne und als "Ausdruck eines Elitenkonsenses" gelten könne. Der Kernsatz lautet laut SWP: "In zwanzig Jahren ist Iran ein entwickeltes Land, das wirtschaftlich, wissenschaftlich und technologisch den ersten Platz in der Region einnimmt, das mit seiner islamischen und revolutionären Identität die islamische Welt inspiriert und international konstruktive und effektive Beziehungen pflegt". [11] Dazu gehört ein selbstbewusstes und eigenständiges Auftreten gegenüber dem Westen.

Vergängliche Partner

Die von Berlin, Washington und weiteren westlichen Machtzentralen forcierte Aufrüstung der arabischen Golfdiktaturen vergrößert ebenso den Druck auf Teheran wie das Sanktionsregime, das zuletzt den deutschen Daimler-Konzern veranlasste, das Ende seiner Geschäftsbeziehungen zu Iran bekanntzugeben. Dasselbe hatten zuvor unter starkem Druck aus Washington beispielsweise die Deutsche Bank und die Commerzbank, die Versicherer Allianz und Munich Re sowie der Konzern ThyssenKrupp getan. Sämtliche Maßnahmen zielen darauf ab, das Erstarken einer widerspenstigen Gegenmacht am Persischen Golf zu verhindern. Dies bildet die Konstante westlicher Politik in der weltweit bedeutendsten Ressourcenregion, die noch vor einigen Jahrzehnten in gänzlich anderer Konstellation dasselbe Ziel verfolgte: Bis 1979 setzte der Westen auf den diktatorisch regierenden Schah in Teheran, der ihm gefügig war; entsprechend finanzierte Iran bei Bedarf deutsche Firmen. Während heute Qatar Hochtief vor einer Übernahme rettet, sprang 1974 Iran mit einem 25-Prozent-Einstieg bei Krupp ein, um den deutschen Konzern vor dem Untergang zu retten. [12] Nur wenige Jahre später wurde die repressive Diktatur des Schah gestürzt und durch ein antiwestliches Regime ersetzt. Beobachter sagen den Autokratien der Arabischen Halbinsel, die dem Westen heute als Partner dienen, keine wirklich verträglichere Repressionspraxis nach - und diagnostizieren bei beträchtlichen Teilen der arabischen Opposition ebenfalls antiwestliche Präferenzen.

[1] Manama-Dialog: Staatssekretär Schmidt zu Gesprächen in Bahrain; www.bmvg.de 07.12.2010

[2] s. dazu [Besatzungspartner](#), [Feudalinvestoren](#), [Feudalinvestoren \(II\)](#) und [Deutsch-arabische Manöver](#)

[3] s. dazu [Militärpartner am Golf \(I\)](#)

[4] s. dazu [Expansionsrivalen](#)

[5] s. dazu [Militärpartner am Golf \(II\)](#)

[6] s. dazu [Sturmgewehre](#)

[7] Gulf states in \$123bn US arms spree; www.ft.com 20.10.2010

[8] s. dazu [Wasser als Waffe](#)

[9] Christian-Peter Hanelt: Europas Nachbarn im Süden - Chancenregion Nahost; Bertelsmann-Stiftung, spotlight europe Nummer 2010/10, November 2010. S. dazu [Arabische Chancen](#)

[10] Katja Niethammer: Katar als arabischer Konfliktmediator: Neuer Hoffnungsträger oder Gernegroß? GIGA Focus Nahost 8/2010

[11] Johannes Reissner: Irans Selbstverständnis als Regionalmacht. Machtstreben im Namen anticolonialer Modernität; SWP-Studie S 29, Oktober 2008. S. dazu [Hegemonialkampf am Golf](#)

[12] Wirbel um deutsch-iranisches Reisebüro von ThyssenKrupp; www.wiwo.de 06.08.2010

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com